

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tags Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Frauen- und Jugendzweig einschließlich Erziehungsmaterial monatlich 80 Pf.
Durch die Zeit bezogen vierteljährlich 2.70 unter Kreuzband für Deutschland und
Echternach-Lingen 3.00 - Erheim tagt mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Bräutigamstraße 14, U. L. 2. 2. 2. 2. 2.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Bräutigamstraße 14, U. L. 2. 2. 2. 2. 2.
Verlagspreis von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gewöhnliche Preistabelle mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatiger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Veranschlagt 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 261.

Dresden, Freitag den 10. November 1911.

22. Jahrg.

Die Marokkodebatte im Reichstage.

Behnmanns Verteidigung. — Die unzufriedenen „Patrioten“. — Der Kronprinz raffelt mit dem Säbel. — Die Sozialdemokratie für die Verständigung unter den Völkern.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Wenn Mitleid in der Politik eine Stärke hätte, könnte man mit dem Reichstanzler Mitleid haben, der gegen eine geschlossene Reihe von Gegnern den Versuch unternimmt, die ziellose und unklare auswärtige Politik des Deutschen Reiches zu verteidigen. Es ist wohl in der Geschichte des deutschen Parlamentes noch nicht da gewesen, daß eine lange Rede des leitenden Staatsmannes auf eine so eifrige Zuhaltung, eine so offen zur Schau gezeigte Abneigung gestossen ist, wie Behnmanns Vorträge über den Vertrag mit Frankreich. Wiederholt zog er das pathetische und patriotische Register, rief mit erhobener Stimme in den Saal, Deutschland werde sich nicht bedrohen, nicht schrecken lassen, doch kein Echo antwortete ihm. Er gab der Hoffnung Ausdruck, der Marokkovertrag werde der deutschen Wirtschaft einen guten Dienst leisten — auch nicht das leiseste Zeichen der Zustimmung unter den Abgeordneten. Er tabelte mit scharfen Worten die Haltung eines Teiles der kapitalistischen Presse Deutschlands als unpatriotisch — niemand fühlte das Bedürfnis, ihm beizupflichten. Er führte endlich den Kaiser selbst in die Feuerlinie und behauptete: ein bereits im Mai festgelegtes und von Wilhelm II. gebilligtes Programm sei durch alle Stadien der Verhandlung konsequent durchgeführt und Kaiser und Regierung seien erschlossen gewesen, es nötigenfalls mit dem Schwerte durchzusetzen — auch das ein vollkommener Verleger. Es mißte wie eine Ironie des Schicksals an, daß der Mann, der sich als der Vorkämpfer des Junkertums und der Bourgeoisie gegen die Sozialdemokratie wählt, nur an einer Stelle einen aufmerksamen Beifall mit seinen Worten fand, und dieses eine Mal in den Reihen der Sozialdemokraten. Das war, als er mit klaren und wie man anerkennen muß, in seiner Lage auch tapferen Worten die Kriegsbegehr der alldeutschen Ueberpatrioten energisch zurückwies. Das Wort, das er den Alldeutschen widmete, ist: Es sind Leute, deren Zahl nicht so groß ist wie ihr Maul. Denn so heißt die Kennzeichnung, wenn man sie ihrer höflicheren Form entleert.

Behnmann-Hollweg behauptet, die deutsche Reichsregierung habe ein bestimmtes, in sich sachlich gerechtfertigtes Marokkoprogramm konsequent verfolgt. Diese Behauptung kann er freilich nur aufstellen, wenn er nicht weiter als die zum Mai dieses Jahres zurückgeht. Von da an mag die deutsche Regierung wirklich stetig erklärt haben, sie wolle keine Gebietsvermehrung in Marokko, sie wolle keine internationalen Verhandlungen, wolle den Franzosen das Protektorat ohne Einschränkung überlassen und dafür an anderer Stelle eine Entschädigung haben. Wenn man aber die Marokkofrage in ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung überblickt, so wie es im späteren Verlauf der Verhandlungen in ausgezeichneter Weise der Abgeordnete Bebel tat, dann gewinnt man doch einen ganz anderen Eindruck und sieht, wie in verhängnisvollem Schwanken bald mit Gott, bald mit Hah gearbeitet ist. Wohl, daß ein kleiner Teil der Schuld daran namentlich auf den Vorgänger Behnmanns, den Fürsten Bülow, fällt, wie der Zentrumspolitiker Herrmann v. Helldorf, am allerhöchsten erfüllt, hervorzuheben; das hat nun weiter keine Bedeutung mehr, sondern wir haben es mit dem Hier und Heute zu tun. Und so läßt sich nicht leugnen, daß die plötzliche Sendung des deutschen Kriegsschiffes nach Agadir im Juli dieses Jahres — eine nicht zu rechtfertigende Gefährdung des europäischen Friedens war und daß die absonderliche Handlung in den Rahmen des angeblichen Programms in keiner Weise hineinpaßt.

Wenn auch, wie wir sagten, die Reihe der Gegner, gegen die der Kanzler anzukämpfen bemüht war, geschlossen war, so waren doch deren Reden auf einen ganz verschiedenen Ton gestimmt. Am schärfsten waren sachlich und in der Form unabweislich die Worte des konservativen Fraktionsführers v. Helldorf, der mit einer jedes Mißverständnis ausschließenden Bestimmtheit der Regierung den Vorwurf machte, sie habe nicht verstanden, „die Ehre der Nation zu wahren“ und den eigentlichen Feind Deutschlands, nämlich England, in seine Schranken zurückzuweisen, als es die Fiktel der deutschen Politik stürzte. Um dieses Auftreten des ungeliebten Königs von Preußen richtig verstehen zu können, muß man wissen, daß der Kronprinz der Sitzung von Anfang an beizuwohnte und sich durch lebhaftes Mitemsprechen und heftige Gestikulieren an den Debatten zu beteiligen versuchte, ein Gebaren, das auf der äußersten Linken des Reichstags viel Heiterkeit erregte. Sind die Junker des trodenen Kanzlers nicht? Wollen sie noch vor der Wahl einen Kanzler wechseln erzwingen? Sie wollten niemand finden, der ihnen treuer ergeben ist, der sich rücksichtslos für ihre Vorrechte ins Zeug legt als Behnmann. Aber sie brauchen wohl einen patriotischen Schaumschläger, einen Mann, der wie Bülow in seiner agrarischen Sünden Motenblüte die

Wählerschaft einzuseifen versteht. Der Kanzler hatte verächtlich die Politik lärmenden Auftretens und zwerghaften Säbelrasselns verurteilt, ausdrücklich erklärt, er denke nicht daran, im Verkehr mit anderen Völkern mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Helldorf macht ihm gerade diese Zurückhaltung zum bitteren Vorwurf und bewirkt dadurch, daß der Gast in der ersten Rangloge nunmehr seinerseits heftig mit dem Säbel zu raseln begann und gleichzeitig das Holz der Brüstung zum Zeichen des Beifalls energisch bearbeitete!

Was Bassefmann an patriotischem Getöse aufbringt, das kann einem Kanzler nicht gefährlich werden, noch dazu, wenn es so dünnen Beifall findet wie diesmal. Wenn aber der Gutscher von Eschumawe die große patriotische Pause bröhnend erklären läßt, wenn er mit spitzem Pfeil nach dem Kanzler zielt, dann wird die Lage kritisch.

Eine neue Plottenvorlage, so meinte Wassermann, sei nun das notwendige. Freundlichen Dank für den guten Agitationsstoff, den Dr. Mann uns damit liefert! Denn man braucht diese Versicherung doch nur mit den Worten des Kanzlers zu kontrastieren, daß die höchste Bedeutung des Vertragsabschlusses in der Anerkennung des Prinzips friedlicher Regelung internationaler Schwierigkeiten liegt, um zu sehen, daß der gewöhnliche Plottenbau keine „nationale Notwendigkeit“ (sondern daß er in Wahrheit nichts als ein nationalliberales Geschäft wäre.

Die Summe des Tages zog unser Bebel, indem er die Notwendigkeit friedlicher Verständigung zwischen den Völkern hervorhob und die Herzscheidenden mit eindringlichen Worten an ihre Pflichten mahnte.

Der Sohn gegen den Vater.

Deutschland, das Land der Autorität, hat in den letzten Jahren manch sonderbares Schauspiel erlebt. Man hat nicht nur Minister gegen einander auftreten gesehen, sondern auch einen im Amt befindlichen Reichskanzler in offener Oppositionsstellung gegen die Krone gesehen. Das war in der berühmten Novemberdebatte des Jahres 1908. Diesmal aber am 9. November 1911 — hat sogar der Kronprinz durch seine lebhaften Kundgebungen von der Hofloge aus an den Verhandlungen des Reichstags teilgenommen und gegen die Handlungen des Reichstags demonstriert. Der Sohn der Politik seines Vaters demonstriert. Der Sohn gegen den Vater! Da kann man wirklich schon sagen: Höher geht's nimmer!

Das Verhalten des Kronprinzen ist auch aus politischen Gründen aufs äußerste zu mißbilligen. Denn der Kronprinz hat bei den Reden der Herren v. Helldorf und v. Helldorf gerade die schärfsten gegen das Ausland gerichteten Stellen durch seinen Beifall unterstrichen. Er hat durch ein überlebensgroßes Gebärdenpiel, das unmöglich unbeabsichtigt gewesen sein kann, jedem Wort des Labels gegen die Regierung und gegen den Vertrag des Reichstags teilgenommen und gegen die Politik seines Vaters demonstriert. Der Sohn gegen den Vater! Da kann man wirklich schon sagen: Höher geht's nimmer!

Der deutsche Thronfolger hat sich durch sein Verhalten den Beifall jener Leute gesichert, die seinen Vater vor kurzem wegen nicht genügender Kriegslust aufs heftigste beschimpft haben. Er wird vom 9. November an aber der Liebling und die Hoffnung aller Chauvinisten und Kriegsbeher sein. Aber durch diesen persönlichen Erfolg, um den man ihn nicht zu beneiden braucht, hat er seine eigene politische Zukunft und die Zukunft seiner Dynastie auf das schwerste belastet.

Durch sein auffälliges Benehmen im Reichstag bestätigte der Kronprinz die phantastisch klingende Meinung, die die Nationalzeitung am Vorabend der Reichstagsverhandlungen veröffentlicht hatte:

Wie wir aus Postreisen erfahren, ist der Kronprinz über die nach seiner Ansicht klägliche Marokkopolitik des Reichskanzlers und über den Mächtig des Herrn v. Lindequist sehr bestürzt.

Der Kronprinz hat, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, mit seinen Stabern sich von Danzig aus über diese Frage verständigt, um beim Kaiser darauf hinzuwirken, daß die Situation nicht noch weiter verschärft werde. Auch die Kaiserin soll für dieses gemeinsame Vorgehen interessiert werden. Selbst ein in solchen Fällen ja immer interessanter Dementi wird die Richtigkeit dieser Meldung nicht erschüttern.

Der Kronprinz hat, wie man sieht, für diese Meldung nicht nur kein Dementi bereitgehalten, sondern er ist eigens aus Danzig, wohin er, wie es heißt, sehr gegen seinen Willen berufen worden ist.

nach Berlin geeilt, um hier, an der Seite seines Bruders, des Prinzen August Wilhelm, die geschickte und noch nicht dagewesene Rolle zu spielen. Unter solchen Umständen ist wohl die öffentliche Anfrage berechtigt, wer eigentlich im Reich die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers wahrnimmt: der Kaiser selbst oder ein hochzogersicherer Familienrat, dem diese Rechte nicht zuziehen?

Die Zustände, die durch die Werbung der Nationalzeitung und die sie bestätigenden Vorgänge in der Reichstags-Sitzung vom 9. November zutage getreten sind, enthalten für den Reichstag und das deutsche Volk eine neue eindringliche Mahnung, sich ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht aus der Hand nehmen zu lassen, sondern vielmehr ungesäumt und energisch für ihre Erweiterung zu sorgen. Nicht nur aus Gründen der inneren, sondern auch der auswärtigen Politik. Wenn der beifallsstrebige Gast in der Hofloge einmal den Thron bestiegt — und man kann nie wissen, ob das über kurz oder lang geschieht —, dann werden die Bestmächte in ihm einen kriegslustigen Gegner erblicken. Was dann aber und schon früher müssen das Volk und seine Vertretung sich die ausschlaggebende Stellung in der Führung der auswärtigen Politik gesichert haben. Die unhaltbaren Zustände in den höheren Regierungen drängen gebieterisch auf eine solche Wendung hin. Sie ist nicht nur im Interesse der Ehre des deutschen Volkes geboten, sondern im Interesse der Wohlfahrt und des Friedens aller Völker!

Wahinache!

Niemand wird sich über das wahre Wesen des patriotischen Jörnens täuschen, den die Vertreter der bürgerlichen Parteien in ihren Reichstagsreden zur Schau trugen. Die Hertling und Helldorf und Wassermann wissen natürlich genau, daß sie an der Stelle Behnmann-Hollwegs im großen und ganzen keine andere Politik getrieben haben würden, als er getrieben hat. Sie würden heute wie stets ihre regierungsfremden Sprüche herunterlängen, wenn sie nicht aus besonderen Gründen gegenwärtig eine andere Tonart für nützlich hielten. Es sind vor allem Gründe der Wahinache, die die Führer der bürgerlichen Parteien zu ihren furchtbaren Kriegshellden bestimmten. Die Hertling, Helldorf, Wassermann bekämpfen die Regierungspolitik mehr oder minder scharf im Namen des Chauvinismus — Bebel allein bekämpfte die leitenden Personen und das gegenwärtig herrschende haltlose System im Namen der Freiheit und des Friedens. Durch Lob und Prahlerei, durch Drohungen gegen das Ausland, durch wildes Witz-der-Faust-auf-den-Tisch-Schlagen suchten die bürgerlichen Politiker sich den Beifall ihrer Wähler zu sichern. Durch lares Aufzeigen des einzigen Wegs, der aus den augenblicklichen verworrenen Verhältnissen zu besseren Zuständen führt, hat der Redner der Sozialdemokratie seine Pflicht gegenüber dem Volke getan. Mit der überlegenen Klarheit gereifter politischer Erfahrung hat er die Torheit jener Leute bekämpft, die alle Uebel einer kranken Zeit mit Kanonen und Kanonen heilen wollen oder heilen zu wollen vorgeben.

Deutschland befindet sich in einem Uebergangszustand von Absolutismus zum modernen Verfassungsstaat. Aus dieser verpönten Kinderkrankheit entspringen die Fieberanfalle, die es von Jahr zu Jahr stärker schütteln. Diese Krankheitsperiode abzukürzen, die notwendige Entwicklung zu beschleunigen, wieder Ordnung herzustellen in den beispiellos gesunkenen Zuständen des Reiches — aber eine Ordnung, die auf der Macht des Volkes fest begründet ist —, dazu werden die Wähler des 12. Januar berufen sein. Mögen sie den Anforderungen einer bedenkenlosen Nationaldemagogie widerstehen und den Weg zum Frieden und zur Freiheit gehen, den Bebel ihnen gezeigt hat!

Der Marokkovertrag in Frankreich.

Paris, 9. November. Die Erklärungen des Ministers de Selves in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten gingen dahin, daß das deutsch-französische Abkommen das Maximum dessen darstelle, was erreicht werden konnte. Der Fortschritt der französischen Diplomatie sei es gelungen, die deutschen Forderungen annehmbar zu gestalten. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen hat der Minister de Selves alle Dokumente an, sich auch gegen eine Veröffentlichung derselben nicht einzuwenden zu haben, wünschte aber vorher die Ansicht der deutschen Regierung zu hören. Weiter erklärte de Selves der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, daß die Beziehungen zu Spanien gut seien. Der Minister bestand auf einer untergeordneten Mitteilung des deutsch-französischen Vertrags, die der Regierung den Rücken stärken werde für die bevorstehenden Verhandlungen mit Spanien.

Frankreich und Spanien.

Paris, 9. November. Das nationalistische Blatt La Presse erwidert in der Entsendung des spanischen Kreuzes Cataluna nach Tanger ein Anzeichen dafür, daß der französisch-spanische Streit sehr zuspitzt habe. Der Hinweis auf die durch die jüngeren Maßnahmen in Tanger hervorgerufene Ängstung sei nur ein Vorwand. Die spanische Regierung wolle zeigen, daß sie Tanger als zur spanischen Einflusssphäre gehörend ansehe.